

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 40, durch die Zweigstellen, Hauptgeschäft: Hauptstraße 140, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. Wochentlich 1.50.—, 1/2 J. monatlich 30.—, 1/2 J. durch die Post 36.—, 1/2 J. —

Organ für die werftätige Bevölkerung
Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Der Millimeter für 10 Zeilen aus Schlesien 120.—, 1/2 J. auswärts 150.—, 1/2 J. Anzeigen unter 200.—, 1/2 J. auswärts 250.—, 1/2 J. Familienanzeigen 1/3 des gewöhnlichen Preises. Der Anzeigenschein 1/3 des gewöhnlichen Preises. Der Anzeigenschein 1/3 des gewöhnlichen Preises. Der Anzeigenschein 1/3 des gewöhnlichen Preises.

Neue Angebote verlangt!

Der Inhalt der neuen Noten Curzons und Mussolinis.

Als gestern Berichte, von Lord Curzon unterzeichnete englische Antwortnote erklärt laut WTB., daß die englische Regierung die deutschen Vorschläge sorgfältig prüfte, da sie um dem deutschen Schritt infolge der von ihr organisierten Unternehmung ein besonderes Interesse habe. Die deutschen Vorschläge seien eine große Enttäuschung, die die deutsche Regierung nach Ansicht Curzons hätte voraussehen müssen. Sie enthielten weder der Form noch dem Inhalt nach dem, was vernünftigerweise als Antwort auf den bei mehr als einer Gelegenheit erzielten englischen Rat hätte erwartet werden können. Die von Deutschland angebotene Summe liege weit unter dem nötigen Betrage, der die Grundlage des britischen Zahlungsplanes vom letzten Januar bildet. Die Zahlung dieser unzulänglichen Summe werde von internationalen Umständen abhängig gemacht, deren Ergebnis unter den bisher gegebenen Bedingungen in weitem Umfange ungewiß sei. Außerdem seien die für den Fall des Nichtzustandekommens vorgesehenen finanziellen Bedingungen für Deutschland weniger günstig, als wenn die Anleihen erfolgreich wären. Ferner unterlasse die deutsche Regierung, greifbare und substantielle Vorschläge für die Art der Garantien zu bezeichnen. Die alliierten Regierungen seien bei unbestimmten Versicherungen auf räuselige Verhandlungen gegenübergestellt, die bei einer geschicklichen Manipulation des praktischen Geschäfts erzielbar seien. Trotzdem möchte die englische Regierung gern den Glauben aufrecht erhalten, daß die deutsche Regierung eine ernsthafte Bestrebung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus dem Weltkrieg beabsichtigt in einer Weise machen werde, die die Alliierten als willig und aufrecht ansehen können. Wenn Deutschland die Absicht habe, den Weg zu einer wirksamen und dauerhaften Lösung eines der politischen und wirtschaftlichen Lage Europas und der ganzen Welt verwirklichte Probleme zu eröffnen, dann erhebe es bedauerlich, daß es nicht eine stärkere Absichtung der neuen zu einer Lösung führenden Linien beweisen habe. Die englische Regierung sei überzeuget, daß Deutschland in diesem eigenen Interesse es vorteilhaft finden werde, unter Abschaffung aller unwichtigen und kritischen Punkte seine Vorschläge noch einmal zu erwägen und so zu erweitern, daß sie eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen bilden. Der erste Schritt zur Beseitigung einer solchen Hoffnung müsse die Anerkennung seitens Deutschlands sein, daß eine viel ernsthaftere Mitwirkung als bisher erforderlich ist.

In der heute nachmittag dem deutschen Botschafter in Rom überreichten Note der italienischen Regierung heißt es u. a.:

„Die aufmerksame Prüfung des Memorandums vom 2. Mai d. J., das die Vorschläge der deutschen Regierung für eine Regelung der Reparationsfragen enthält, hat uns überzeugen müssen, daß sie nicht geeignet sind, den alliierten Regierungen als Grundlage für eine entscheidenden Diskussion zu dienen. Der Standpunkt der italienischen Regierung in der Sache ist bekannt. Wie aus den von ihr bei den letzten beiden Konferenzen in London und Paris vorgelegten Plänen hervorgeht, ist Italien durch seine gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage gezwungen, das Reparationsproblem und das Problem der internationalen Kriegsschulden als immer enger miteinander verbunden anzusehen. Italien kann nicht umhin, darauf zu dringen, daß die beiden Fragen sobald als möglich gelöst werden, wobei auch die Anwendungen für den Wiederaufbau seiner eigenen besetzten Provinzen berücksichtigt werden müssen. Der deutschen Regierung ist übrigens bekannt, daß die italienische Regierung sich zu ihrem lebhaften Bedauern gezwungen sah, dem von der englischen Regierung der Konferenz in Paris vorgelegten Plan zur Regelung der Reparationsfragen nicht beizutreten. Obwohl das Memorandum vom 2. Mai's hohe Ziele anstrebte, scheint es die unabwiesbare Forderung Italiens nicht genügend zu berücksichtigen. Nach diesem unmittelbaren Vorgang muß die italienische Regierung mit berechtigtem Entzücken hervorgehoben, daß das deutsche Memorandum vom 2. Mai weit hinter den Vorschlägen zurückbleibt, die in dem Plan der britischen Regierung enthalten waren.“

Die internationale Ansicht, mit der die Zahlung der von Deutschland angebotenen Summe vollständig bewirkt werden soll, ist nur als ein Mittel angesehen ohne die notwendigen finanziellen Angaben und ohne daß gesagt wäre, wie für ihre Unterbreitung und ihren Erfolg zweckmäßig gelöst werden soll. Ebenso fehlen alle konkreteren Angaben über Garantien und Pfänder, sowie jede Substanz für die letzten tatsächliche Befreiung. Der deutsche Vorschlag stellt daher keinen organischen und vollständigen Plan dar, wie er unbedingt notwendig gemacht wird, um zu einer auch nur grundlegenden Erörterung Anlaß zu geben. Dieser Mangel wird von der italienischen Regierung bedauert, weil er zum allgemeinen Schaden jeder Erörterung einer Lösung des Problems verzögert, und weil er eine Ansicht fürzer kann, die gewisse Anhänger hat, nämlich die Ansicht, daß sich Deutschland unter dem Einfluß gewisser innerpolitischen Strömungen der Erfüllung seiner Verpflichtung zu entziehen suche. Da die italienische Regierung unter diesen Umständen feststellen muß, daß die deutschen Vorschläge keine wesentliche Besserung der Lage herbeiführt haben, wiederholt sie ihren Rat, daß eine baldige neue Entschließung der deutschen Regierung zu Vorschlägen für den Weg, die durch ihren Inhalt und ihre Bestimmungen geeignet erscheinen, von der

königlichen Regierung zusammen mit ihren Ministern mit Aussicht auf Erfolg einer Prüfung unterzogen zu werden.“

Nach den vorliegenden Auszügen aus den beiden Noten ergibt sich die an dieser Stelle schon vor acht Tagen festgestellte Notwendigkeit neuer deutscher Vorschläge. Wir müssen es bedauern, daß die Reichsregierung sich darauf wieder erst vom Ausland hinweisen läßt, anstatt auf die vorher erfolgte deutsche Kritik an ihren ungenügenden Vorschlägen zu hören. Da sämtliche Parteien des Reichstages die Verantwortung für die letzte Cuno-Note ziemlich deutlich abgelehnt haben, wird nun wohl auch von bürgerlicher Seite ein starker parlamentarischer Druck auf die Cuno-Regierung für neue Vorschläge ausgeübt werden. Das ist um so wahrscheinlicher, als die Korrespondenz der Volkspartei eine Ablösung der Regierung Cuno durch eine Regierung Stresemann neuerdings — offenbar angesichts der Verschärfung der internationalen Lage — für ausgeschlossen erklärt hat. Die der Regierung nahestehenden bürgerlichen Reichstagsparteien werden also wohl, da sie Cuno und Rosenberg nicht stützen wollen, mit dem Erfolg ihrer Forderungen aber auch schlechterdings nicht zufrieden sein können, die nächste deutsche Note von den Parteiführern selbst mit schreiben lassen. Viel Ehre haben die Regierungsparteien bisher von der Politik der Verantwortungssuchen nicht gehabt. Deutschland dagegen hat von der dadurch entstehenden Verzögerung im Abschluß des Ruhrkonflikts den schwersten Schaden, der sich in den Ziffern der wachsenden Reichsschuld, des sinkenden Markwertes und der steigenden Teuerung ausdrückt.

Neuregelung des Lohnabzugs.

Die letzte Regelung des Lohnabzuges war durch die Verordnung vom 15. Februar erfolgt. Die inzwischen eingetretene Erhöhung der Preise und Löhne macht eine neue Regelung spätestens am 1. Juni dringend erforderlich. Bereits Anfang Mai reichte die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag mit Begründung ein. Sie beantragte Erhöhung der Ermäßigungsätze für Mann und Frau, sowie für Kinder um 100 Prozent, Erhöhung der Werbungskosten um 150 Prozent. Bei den Beratungen im Steuerauschuß erhoben die bürgerlichen Parteien besonders gegen die weitgehende Erhöhung der Werbungskosten lebhaftes Bedenken. Dasselbe tat die Regierung. Auch die 100prozentige Erhöhung der einkommensteuerfreien Grenze für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau wurde von ihnen als zu weitgehend betrachtet. Demgegenüber wiesen die Sozialdemokraten auf das gewaltige Steigen der Versicherungsbeiträge hin, das eine stärkere Erhöhung der Werbungskosten dringend notwendig mache. Dadurch gelang es, die bürgerlichen Parteien im wesentlichen zur Zustimmung zu den sozialdemokratischen Anträgen zu bewegen.

In der Sitzung des Steuerauschußes vom Sonnabend wurde infolgedessen beschlossen, die Werbungskosten nach dem Antrag der Sozialdemokraten um 150 Prozent, das ist monatlich 8000 Mark (4000) festzusetzen, die Kinderermäßigung auf 8000 Mark (4000). Dagegen wurden die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau nur um 50 Prozent, das heißt von 800 auf 1200 Mark monatlich erhöht. Durch diese Beschlüsse werden künftig steuerfrei sein monatliche Einkommen bei einem Ledigen von 112 000 Mark (bisher 48 000), bei einem Verheirateten ohne Kinder 124 000 Mark (bisher 66 000 Mark), bei einem Verheirateten mit zwei Kindern 284 000 Mark (bisher 136 000). Ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern, dessen monatliches Einkommen 400 000 Mark beträgt, hat daher künftig nur eine Steuerleistung von 16 600 Mark gleich 2,9 Prozent, während seine Steuerleistung bisher 26 400 Mark betrug. Diese Neuregelung tritt, da der Reichsrat ebenfalls am Sonnabend seine Zustimmung gegeben hat, am 1. Juni in Kraft. Auch diesmal wieder sind die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger nur durch die Sozialdemokratie gewahrt worden, die darauf bedacht war, daß die notwendige Milderung des Gesetzes rechtzeitig und ausreichend erfolgte.

Zeitungspreise in Moskau.
Die Zeitungspreise in Moskau sind neuerdings gestiegen. So kostet ab 10. Mai je ein Exemplar der „Iswestija“ und der „Pravda“ im Einzelverkauf: 3 Millionen Rubel. (Kupferrub.)

Ein Dollar (vorbörslich) 45500 Mark

Umschwung in Bayern?

Aus München wird uns geschrieben:
Alle Windfahnen südlich der Donau sind eifrig bemüht, sich zu drehen. Die bürgerlichen Blätter, abgesehen natürlich von den ganz mißbakterischen, legen eine neue Waise ein: „Gegen die Hebertreibungen in der vaterländischen Bewegung“. Ja, sogar die Stammtische der ehemaligen Einwohnerwehr, die „Vaterländischen Bezirksvereine“, kündigen ihrem rechtsradikalen Führer Jeller das Vertrauen und rufen nach dem bei Nationalsozialisten und Miesbachern höchst unbeliebten Escherich.
Diese erstaunlichen Vorgänge stellen einen Akt dar in dem Kampf zwischen Weißblau und Schwarzweißrot. Als die Bayerische Volkspartei sich vor einigen Wochen genötigt sah, gegen die Rechte um Hitler und Ludendorff vorzugehen, standen ihre Aussichten nicht besonders gut, weil sie nicht auf volle Billigung in den eigenen Reihen rechnen durfte. Da haben ihr nun die Schwarzweißrot von der extremen Richtung selbst geholfen. Seit Monaten betreibt Hitler das Spiel, für einen bestimmten Tag alle Vorbereitungen für einen Putsch zu treffen und dann nicht loszuschlagen. Das mag Berechnung sein, oder es mag sich so verhalten, daß ihm bisher stets im letzten Moment der Mut abhanden gekommen ist — jedenfalls hat dieses wiederholte Scheitern die Putschaktionen schon öfter zu Auseinandersetzungen in den hakenkreuzlerischen Reihen geführt. Aber diesmal trieb man die Sache weiter als in allen früheren Fällen. Es wurde eine richtige Putscharmee von ein paar tausend Mann zusammengezogen und in kriegsmäßiger Ausrüstung mit Artillerie und anderen schweren Waffen auf dem Exerzierplatz Oberwiesenfeld aufgestellt. Zettel flatterten durch die Stadt: „Frauen und Kinder von der Straße weg“, als ob die Schiere im nächsten Augenblick losgehen sollte. Und dann — passierte nichts. Nachdem die hakenkreuzlerischen Streitkräfte eine ganze Nacht auf dem Oberwiesenfeld gestanden hatten, ohne den Freistaat umzuführen, rückte Reichswehr und Landespolizei an, damit es nicht zu Zusammenstößen mit dem Waisenzug der Arbeiterschaft kommen sollte. Die gegenrevolutionäre Armee ließ sich diese Polizeikontrôle ruhig gefallen, und wenn man dem Minister Schweyer glauben darf, so gaben manche sogar ihre Handwaffen ab, um durch die Absperrungslinien nach Hause gehen zu dürfen. Der Witz von der polizeilich verbotenen Revolution ist übertrumpft: Die Münchener Polizei hat die Hitler-Revolution gar nicht verboten, aber die Revolutionäre haben gewartet, bis die Polizei kommen mußte...

Gewiß, Herr Hitler mag sich schwer getan haben, die verachteten „Kampfbünde“ unter einem Hut zu halten, und sicherlich ist ihm ein Teil ausgesprungen. Aber schließlich hat 1918 Kurt Eisner mit so etwa 20 Mann die Wittelsbacher Monarchie gestürzt, und er hat keine Artillerie und keine Minenwerfer dazu gebraucht. Und Herr Hitler bloß seine engere Leibgarde und seine nächsten Verbündeten geliebt sind, so müssen das doch wohl so viele Hundertschaften gewesen sein wie bei Eisner Köpfe, von der Kriegsrüstung gar nicht zu reden. Also — woran liegt es? Daran, daß Hitler kein Eisner ist, oder daran, daß die angeblich so morsche Republik hundertmal fester steht als die tausendjährige Dynastie?

Eine solche Blamage verträgt keine politische Bewegung. Von Hitler rücken seine besten Freunde ab, weil sie am Fluß der Lächerlichkeit nicht teilhaben wollen. Dieser Fluß überträgt sich auf die ganze Schwarzweißrote Richtung, die auf Hitler gehofft hat. Weißblau strahlt im Glanze der Staatsgestimmung, der staatlichen Ordnungsliebe. Niemand redet mehr von Fuchs-Machhaus, niemand will mehr wissen, wie der Reichsbolschewismus lange Zeit von der Bayerischen Volkspartei gehegt und gepflegt worden ist — solange man von der rechtsradikalen Stimmung Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie erhoffte.

Und da sind wir bei dem zweiten Grund für die veränderte Haltung der in Bayern maßgebenden Partei. Die letzten Wochen haben eine entscheidende Entbedung gebracht: der Münchener Bürger ist bei weitem nicht so dumm, wie seine politischen Führer ihn eingeschätzt haben. In dem Maße, wie er die Umgrüßung einer neuen Nationalrepublik überwand, begreift er die Gefahr des Reichsbolschewismus. Dieser Prozeß ist noch lange nicht abgeschlossen, aber seit die Sozialdemokratie

durch ein sicheres Zeichen zu erkennen gab, daß sie sich stark genug fühlte zu...

So kam bei der Bayerischen Volkspartei zu der Aussicht vor...

Dah mit solcher Verfassungstreue nicht viel anzufangen ist...

Freiheitspartei als unsere Zustimmung gegeben haben...

Wenn die Kommunisten in der letzten Zeit ab...

Der Sozialismus ist keine Frage der Macht...

Die deutsche politische Freiheitspartei ist...

Der Kampf gegen den Parlamentarismus...

Ein Rundschreiben der Deutschösterreichischen Partei...

Um in Zukunft derartige Erscheinungen zu verhindern...

In einem anderen Rundschreiben der Deutschösterreichischen Partei...

Abrechnung mit den „Völkischen“.

Puttschistendebatte im Reichstag.

In allen drei Lesungen wird zunächst das deutsch-polnische...

Abg. Graf Weizsäcker (Dtl.): Unsere Interpellationen...

Reichsminister des Innern Dejer: Die Gründe für das Verbot der Deutschösterreichischen...

Staates, die Freiheit der Versammlungen zu...

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich behaupte unüberdenklich, daß es erst heute Gelegenheit...

Es handelt sich zweifellos um eine Einschränkung der...

Einere Einschränkung der Vereinsfreiheit haben wir auch...

Der Jellenbrunner Hof.

Geschichte von Anna Croissant-Kuh. Copyright by Geora Müller in München.

Das alte, liebe Haus? So sagte die Mutter oft, und...

Das war die Heimat, nach der er sich in den ersten Wochen...

Tropfenweise gemahnte an die Angst den Trost und die Hilfslos...

Sie hat sich an seiner Mutter Liebe vorbei, er konnte...

nicht wegzukommen war! — Nun war alles vorbei, und es war...

Wie sich das Festland, die Küste aus den Nebeln löst, und immer...

Er trat in die Gastube, das „Mildemische“ früher das Ent...

Er trat in die Gastube, das „Mildemische“ früher das Ent...

(Fortsetzung folgt)

Herr Müller, der ja auch ein Mann ist, der nicht mehr in Betracht kommen kann, weil er für die finanzielle Seite der Dinge zu wichtig ist. Er liegt in einem Brief an Herrn Gumbert aus Köln, in dem er sich auf das Wort als auf die Tat. Er schreibt u. a. Es müßte möglichst die internen Beziehungen klären, zu denen in allererster Linie finanzielle Kräfte zu erheben sind. Aber weiter, es kommt noch viel mehr! Ich — nämlich Müller — habe gestern in einer vertraulichen Besprechung in Hannover 24 Millionen herausgeholt (Stimmliche Heiterkeit) bei den Sozialdemokraten! Moralisch (Stimmliche Heiterkeit) soll jeweils den Landesparlamenten überreichen. Grüßen Sie bitte Dr. Kreis und Sozial Müller!

Zwischen Herrn Müller und seinen Freunden des Herrn Müller ist ein Uebereinkommen über gemeinsame Zusammenarbeiten bei Lösung der bevorstehenden großen Aufgaben im deutschen Freiheitskampf getroffen worden. Ueber einen vollkommen militärisch ausgearbeiteten Plan stellt ein schriftliches Schreiben die merkwürdigen Freiheitsmänner mit, daß noch Wochen vergehen werden, ehe der Vormarsch nach Mitteldeutschland angetreten werden kann. Wenn 2. lin mit zernichtet werden und der Angriff aus der Sachelinie erst vorgetragen werden muß, so sind es mindestens 20 Tage, Berlin und Mitteldeutschland gleichzeitig gefährdet. Dann ist es trotzdem etwa 14 Tage, denn das Ziel der Operationen beansprucht in beiden Fällen etwa eine Woche. Es folgen dann Anweisungen über den „Kleinen Krieg“ und da wird über die Vorbereitungen und zwar aus „guten Vorkenntnissen“, die in Landwirtschaft und Industrie (gut bezahlt) schon sehr untergebracht werden und den Kern und Rückhalt des Ganzen bilden. Diese Schritte, die man in die Industrie hineinbringen muß, empfiehlt ich der ausdrücklichen Beobachtung der Arbeiterklasse. Trotz der Feme besteht die Bestimmung, daß einer aus der Reichswehrlichen Partei etwas ausplaudern könnte. Darauf erhielt ich von der Partei, in dem es heißt, daß die Vorarbeiten schon längst von der Partei aufgeführt wäre, in den Tagen in den Turnerkreisen waren, die den Mund nicht halten können, und weiter wird gesagt: „Wenn unter Sportklub sein ist ja die Vorbereitung der Ortsgruppe. Die Mann des aufgestellten Verbandes nationalsozialistischer Soldaten, von denen wir auch noch Material in Händen haben! Dies allein wird schon eine Auslösung zur Folge haben. Außerdem besorgen wir uns als eine militärische Organisation mit eigenen Waffen (Lebhafte Höri! Höri! links). Unsere Leute, auch die nicht Soldat gewesen sind, werden ausgebildet (Lebhafte Jurste links und rechts, die den Redner am Weiterreden verhindern) mit dem Gewehr 98, haben in den Instruktionsstunden die Schießregeln gelernt, lernen zielen, werden vertraut gemacht mit den Kriegswaffen. Marschordnung, Gefechtsübungen usw. werden durchgenommen. Nach- und Felddienstellungen in Pöderitz und Schießübungen mit Gewehr 98 auf den Schießplätzen in Kaufdorf und Weihenstephan.“ (Lebhafte Höri! Höri! links). Dieser Brief an Kockbach ist von dem Kampfabwicklungsplan der 7. Turnerschaft unterzeichnet. In einem Briefe des Herrn von Salomon an den uns wohlbekannten Herrn Heinz heißt es über die Lage in Pommern: „Der Pommer ist dumme (Große Heiterkeit links), stupide und solange für seinen großen Gedanken zu begeistern, wie er nicht Vorteile daraus erblickt. (Höri! Höri! und große Heiterkeit.) Ist es aber möglich, ihn schließlich doch zu ermannen, dann hat man ihn auch fast. Pommern können wir ruhig lassen, es ist so vollständig und national.“ — national über Richtung (nach rechts) deshalb wird die Pommern angeblich so dumm sind! — (Schallende Heiterkeit.) — daß es sofort mit liegenden Waffen zu uns überzieht, wenn der große Kampf beginnt.“ Die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg waren bis in alle Einzelheiten getroffen. Einmal handelt es sich hier um das Spiel von Leuten, die nicht zu was sie tun, aber es handelt sich um Leute, die wissen, was sie wollen, dann sind es Verbrecher (Stimmliche Zustimmung links), die unter Volk und unser Land in den Bürgerkrieg hineinziehen wollen. (Gernste Zustimmung links). Wie groß die Summe ist, die der Reichswehrlichen Partei zur Verfügung steht, weiß eine Aufstellung Kockbach über den Bedarf für die Propaganda innerhalb der Reichswehr: 11 Millionen Mark (große Unruhe und Höri! Höri! links). An Beihilfen für 15 Organisationsbezirke werden 80 Millionen Mark angeführt. Zu alledem kommen aber noch riesige Summen für die militärische Ausbildung usw.

Ueber die Propaganda in der Reichswehr und die Verbindungen zwischen Reichswehr und diesen reaktionären Kreisen ist die Regierung verpflichtet, dem Reichstag endlich Auskunft zu geben. Wir können uns das nicht mehr gefallen lassen! (Lebhafte Zustimmung links). Wenn der Reichswehrminister den Paradenzug mit Hindenburg und Feinzen nicht zum Stoppen bringen kann, dann muß mit ihm wieder ganz besonders energisch geredet werden. (Stimmliche Zustimmung links). Es ist für unsere Augen- und Innenpolitik einfach nicht mehr zu ertragen, was General Hindenburg, von dem wir alle wünschen, daß wir ihn achten können, und den wir weiter achten wollen, jetzt tut. Wenn er immer noch nicht begriffen hat, daß die Herrschaft seines „Allergnädigsten Königs und Herrn“ vorbei ist, dann soll er wenigstens aufhören zu reden. Den Mannschaften des Heeres der deutschen Republik vertrauen und danken wir für ihren nicht immer angenehmen Dienst, den Offizieren aber, die sich nicht wohl fühlen in einem republikanischen Heere, müssen wir dringend raten, ihren Beruf so schnell wie möglich zu wechseln. Die Sicherheit der Republik verlangt, daß hier bald und gründlich Abhilfe geschafft wird. Die wollen nicht, daß etwa in der Republik praktiziert wird, was der Herr von Doorn einmal gesagt hat, daß seine Soldaten unter Umständen auch auf Vater und Mutter schießen sollten. Diese Zeiten sollten auf immer und ewig vorbei sein. (Lebhafte Unruhe und erregte Jurste rechts, lebhafter Beifall links.) Ich habe sowohl achtbare und tüchtige Offiziere kennen gelernt, daß es ein Blöddinn wäre, wenn man sie in Baulch und Bogen verurteilen wollte. Aber den Offizieren, die als aktive Monarchisten in der republikanischen Wehr bleiben wollen, muß zu Gemüte geführt werden, daß sie da nicht hineingehören.

In dem neuen Organ der Herren Müller und Kreis kann nur deshalb so viel Haß gelöst werden, weil die Leute wissen, daß ihnen ja doch nichts passiert, solange sie Staatsanwälte finden, die anstatt ihnen an den Fragen zu gehen, solchen Zeitungen den Prozeß machen, die ihre Geschichten aufdecken, solange haben sie allerdings bisher gut arbeiten können. So wird gefährlichen, die Beilegung der „Volksbetrüger, Arbeiterführer und bürgerlichen Parteiverbrecher“ bedeute nicht Bürgerkrieg, sondern ein gerechtes Strafgericht. Denn wir müssen endlich einmal einen Unterschied zwischen Staatsbürgern und Schweinehände machen — die Antwort auf Essen wäre... Aufhängen aller Vaterlandsverräter — innerhalb des Reichstags. Herr Henning beschuldige ich hiermit vor allem Gölke, daß er in Gemeinschaft mit zwei deutschnationalen Organisationsleitern Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, um einen Mann, den erst für den Mörder Erzbergers hielt, aber die Grube zu schaffen. Ein gewisser Hörstein, Vertrauensmann der deutschnationalen Partei in Papenburg, teilte in einem Briefe an den Fabrikdirektor Meyer, Vorsitzender der deutschnationalen Organisation in Osnabrück, mit, daß er Erzberger getötet habe und um Unterstützung bitte. Der deutschnationale Meyer schickte darauf einen deutschnationalen Parteisekretär Landwehr nach Wittenwald, um sich dort mit dem Hörstein in Verbindung zu setzen und ihm über die Grenze zu helfen. Dabei hat der Abg. Henning tatkräftig mitgewirkt. (Lebh. Höri! Höri! links). Der Fabrikdirektor Meyer hat vor Gericht ausgesagt, daß er den gerade in Osnabrück weilenden Abg. Henning aufgesucht und mit ihm auch über den Brief des angeblichen Erzbergermörders gesprochen hat. Wir haben jedenfalls alles klar und wider zusammen erzogen,

mit entlassen und, Gölke in London, (Höri! Höri! links), so mache keinen Hehl daraus, daß, wenn Hörstein wirklich der Täter war, es den Zweifeln hätte, ihm zu helfen. Henning und Henning haben dann nach Meyers Auslage etwa 1000 Mark für Hörstein zusammengebracht. Wenn der Fabrikdirektor für Hörstein habe er (Meyer) keine weiteren Schritte unternommen. (Major Henning muß dies getan haben.“ (Höri! Höri!) Teile Auslagen sind damals vor dem Staatsanwalt in der Untersuchungsanstalt Erzberger gemacht und von Meyer, sowie dem Sekretär Landwehr unterschrieben worden. Durch die schamlosen Mordtaten, die diesen besonders beidimpften und verleumdeten Mann ermordeten, und wenn sie dann gefast waren, dann kamen derartige rechtsradikale Herrschaften und luden die Leute dem Strafrichter zu entziehen. (Höri! Höri! links) über eine derartige Politik sage ich. (Sehr wahr! links) Das war die Politik, die ganz hineinpaßt in den Rahmen dessen, was Sie vorher in den Artikeln in Ihrer Presse geschrieben haben. (Unruhe rechts. — Unruhe links.) Alle wegen politischer Morde und Mordverleumdungen an republikanischen Persönlichkeiten bisher imhafteten Männer waren Ihre Organisationsleiter (Jurste v. d. Reichswehrlichen: Schwindel!), die unter den Führern der Reichswehrlichen Partei ihre verbrecherische Tätigkeit ausgeübt haben. Wenn schließlich, daß in den Tagen und in der Anwendung von Mitteln Herr u. Grafen gleich Herrn Müller, Herr Müller gleich Herrn Henning, Herr Henning gleich Herrn Kockbach, Herr Kockbach gleich Herrn Salomon, Herr Salomon gleich dem Fabrikdirektor Meyer und Meyer gleich zu ist, und also alle untereinander gleich sind und sehr viele nationalsozialistische in ähnlich leben wie ein Ei dem anderen, dann war es in der Tat die höchste Zeit, daß tatkräftig vom Minister Erzberger

Reichstagsabgeordneter Dr. Hertz

iricht

Donnerstag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus (großer Saal) in einer Mitglieder-Versammlung über:

Steuerlasten und Steuerkämpfe!

Dr. Hertz ist einer der führenden Steuerkämpfer des Reichstages; das allein schon verpflichtet zu Massenbesuch. Gäste, durch Parteimitglieder eingeführt, haben Zutritt und sind willkommen.

Abg. Dr. Marek (Dt. Vp.): Die Rede die Abg. n. Kardoff im Reichstags Landtag zu dieser Frage gehalten hat, würde im Reichstags nicht gehalten werden können. Im Landtag ist eine andere politische Konstellation. Die Rede des Abg. Scheidemann hat zur Erklärung der Einleitungsfrage nicht beigetragen. Die Haltung des Reichswehrministers kann nicht abgetan werden. Der politisch unzureichende Staatsgerichtshof ist ein Hindernis in die Zeit des Abolitionismus. Dem Minister Szenaria muß vorgeworfen werden, daß er nicht annahm sich vorzutragen ist.

Abg. Henning (Nationalsozialistische Partei): Der Reichsregierung werden wir vor daß sie zum Lösung der Reichswehr nicht eingegriffen hat. Wir lehnen es ein für allemal ab, daß man uns mit der „Deutschen Zeitung“ in Verbindung bringt. Dieses Blatt fällt uns oft genug in den Rücken. Der militärische Aufmarschplan, den Herr Scheidemann vorlesen hat, ist direkt lächerlich. All diese Dinge sind erledigt, weil sie mit unserer Partei gar nichts zu tun haben. Was man bei Herrn Müller fand, war nur ein Vorkriegsplan aus dem Lande. Im Falle Hörstein, der ein Schwindler war, habe ich als Abgeordneter jedes Eingreifen abgelehnt.

Nach mehreren persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Universitätsdebatte im Landtag.

Bei der Fortführung der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in der Sonnabenddiskussion, forderte Genossin Drentrop stärkere Pflege des Turnunterrichts für die weibliche Jugend und durchgreifende Hilfe für die Erziehung der Mädchen; denn das Berufsleben stelle die Frau heute vor viel größere und schwierigere Aufgaben als früher. Später ging das Haus zum Abschnitt: Universitäten und Hochschulen über. Als erster Redner gibt Genosse Prof. Waentig ein Bild von dem, was die Sozialdemokratie zur Frage des atademischen Nachwuchses, der Neubelebung valanter Lehrstühle, zur Steuerregelung der Disziplinfrage und des Studentenrechts zu sagen hat.

Der Zentrumsabgeordnete Baulcher, Universitätsprofessor in Bonn, forderte Hilfe für die Werkstudenten. Der Demokrat Dr. Preuß betonte, daß bei der Stellenbesetzung an den Hochschulen weniger konfessionelle als politische Inparität bestünde.

Genosse Dr. Wenzling wies zum Schluß noch auf den Fall des Prof. Freitag-Doringhoven in Breslau hin. Warum, fragte er, läßt Minister Boelck den Herrn Jelenzühig als Professor weiterwirken, obwohl er in der ordinärsten Weise gegen die Minister, den Staat und keine Verfassung geht? — Hierauf vertagte sich das Haus auf Montag.

Allgemeine Kohlenbeschlagnahme im Rheinland.

Die Rheinlandschulmänner hat, wie die „Agence France“ aus Koblenz berichtet, die Beschlagnahme sämtlicher Vorräte von Kohle oder Kohlennebenprodukten angeordnet, die im besetzten Gebiet von den Bergwerksleitungen oder von den an die Zechen angelegten Kohlenwegen angelegt worden sind. Der Bevölkerung wird verboten, Kohlenvorräte als Hausbrand zu verwenden. Die Verbringung der Bevölkerung mit Gasföhl ist gestoppt worden. Zwangsmaßnahmen werden streng befohlen.

Austritt des Münchener Polizeipräsidenten

Sein Nachfolger ein Generalstabler.

In dem Kampf zwischen links und der bayerischen Regierung ist vorläufig der Münchener Polizeipräsident Herr von Streckenbach abgetreten. Herr von Streckenbach hatte, ohne den bayerischen Innenminister in Kenntnis zu setzen, für den 1. Mai die „Nationalsozialistische Verbände“ als Kampfbündel aufgerufen, da ihm die ihm unterstellte Landespolizei anheimend selbst als nationalsozialistisch verfaßt und daher unzuverlässig vorkam. Am Montag tritt der Innenminister diese Aufgaben, der Vorstand der „Nationalsozialistischen Verbände“ über es demgegenüber um so härter, und Herr von Streckenbach tritt infolgedessen den berühmten Erholungsurlaub an. Schon wird sein Nachfolger genannt: ein höherer aktiver bayerischer Generalstabler, jetzt Oberregierungsrat im Innenministerium, vorher der leitende bayerische Generalstabler. Mit diesen Eigenschaften ist er im heutigen Bayern entschieden beraten, nachfolgender Kockbachs und Kockbachs zu werden.

Oberrichterpräsident Vize ist bis zur endgültigen Entscheidung über die Wiederbesetzung des Münchener Polizeipräsidenten am Amtsverweiler bestimmt worden.

Ein antirepublikanisches Komplott in Hamburg aufgedeckt.

Hamburg, 17. Mai. (Eigener Telegraphenbericht.) Das „Hamburger Echo“ meldet in seiner Sonntagsausgabe: „Berliner Arbeiter“ schickten am Sonntag die Nachricht, daß in Hamburg eine nationalsozialistische Verschwörung aufgedeckt, Massenliste gemacht und eine Anzahl Mitglieder verhaftet worden seien. Diese Nachrichten sind im Kern richtig. In Altona und Hamburg haben die einzelten Ermittlungen ergeben, daß eine Verschwörung mit der Spitze gegen den „inneren Feind“ besteht, an der eine Anzahl bekannter reaktionärer Offiziere, a. D. usw. beteiligt sind und deren aufgedecktes Werk das Bild eines direkten Komplotts gegen die Republik geben. Jeder ist wiederum vom Untersuchungsrichter ein Teil der Verhafteten freigelassen worden.“

Der „Berliner Börsen-Courier“ läßt sich u. a. aus Hamburg melden, daß sich unter den Verhafteten auch verschiedene Generäle befinden.

Der Konflikt zwischen Polen und Danzig.

Warschau, 12. Mai. (Eigener Telegraphenbericht.) Die „Korrespondenz“ schreibt, Danzigs Bürger habe geschlossen. Ueberhaupt bezieht sich das Thema des Danziger Konflikts die gesamte Warschauer Presse. Hierbei ist die Angelegenheit der geplanten polnischen Handelsakademie in Danzig tatsächlich nur von geringerer Wichtigkeit. Sie bietet jedoch tatsächlich einen geeigneten Anlaß zur Copierung einiger misshandelter polnischer Journale gegen den Reichstaat Danzig. Danzig soll auf die Anlie gezwungen werden, die polnischen Schulen in Danzig zu schließen, was natürlich der Auslösung des Konflikts wesentlich erweitert werden. Somit läßt die Danziger Frage eine planmäßige Etappe bei der weiteren Lösung der polnischen Grenzprobleme.

Polnisches Aberteil aus Polen nach Tschechien.

Warschau, 12. Mai. Der Warschauer bereits am Donnerstag in Warschau, um sich nach Krakau und Lodz zu begeben, am Sonntag früh aus Polen nach Prag ab.

Das polnische Irland.

Die Moskauer „Korrespondenz“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Führer der Irirer in Ostgalizien, der ukrainischen Reich. Er erklärt, daß das Auftreten der bolschewistischen Regierung zu Gunsten des Ost-Galiziens die ukrainische Bevölkerung dieses Landes begriffen hat. „Im Kampf gegen Polen“, hat er, werden wir jetzt nicht mehr allein sein. Polen hat nur ein zweites Irland erhalten. Wir werden uns die tapferen Irirer als Vorbild nehmen. Wir werden alles tun, um unsere Rechte als freies Volk zu leben, zu erkämpfen.“ (Ausrufe.)

Kraffins Mission in London.

Moskau, 12. Mai. (Eigener Telegraphenbericht.) Kraffins hat Moskau im Flugzeug verlassen, um sich über Königsberg-Berlin nach London zu begeben. Kraffins hat von am russischen Gesicht interessiert englischen Geschäftsleuten Briefe erhalten, in denen eine Rückkehr nach London als ein geeignetes Mittel bezeichnet wurde, die amwachsende englisch-russische Spannung zu lösen. In Moskauer Regierungskreisen werden in dieser Beziehung große Erwartungen auf die persönlichen Verbindungen Kraffins in einflußreichen englischen Kreisen gesetzt. Man hofft daher, daß die Reise Kraffins nach London das Bestreben der Sowjetregierung, die kritischen Fragen, namentlich die Frage der Fischerdampfer, durch friedliche Verhandlungen zu lösen, wesentlich unterstützen werde.

Eine Generalversammlung der Mitglieder der Moskauer Börse

faßte eine Entschlieung, worin aus Anlaß des englischen Ultimatum an die Handelskreise Englands und alle Gegner eines neuen Krieges appelliert wird, für die Sicherung der friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Völker einzutreten.

Ich kümmer mich nicht um Politik!

Diese Worte hört man jetzt oft, auch in Arbeiterkreisen. Alle Mühen und im Daseinskampf zermürdeten, alle durch den Gang der Ereignisse Enttäuschten glauben, daß es jetzt am besten sei, beiseite zu treten und abzuwarten, bis bessere Zeiten kommen. Es gibt keine größere Sünde gegen die Interessen der arbeitenden Klassen, als dieses passive Beiseitretreten. Bessere Zeiten werden nicht kommen, wenn wir nicht in schlechten zusammenstehen! Ein gemeinsamer erfolgreicher Kampf ist aber nur möglich im Rahmen der großen Massenpartei des Proletariats, der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Deshalb: herein in die Partei!

Aufnahmeschein.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Eintrittsgeld entrichte ich: Eintrittsgeld 100 M., Wochenbeiträge männlich zu 100, weiblich zu 40 M., Summa _____ M.

den _____ 1923.

Vor- und Zuname: _____

geb. am _____ zu _____

Beruf: _____

Wohnung: _____

Gewerkschaftl. Organisation: _____

wo Beschäftigt: _____

In den Betrieben kann dieser Schein den bekannten Vertrauensleuten der SPD. mit dem Auftrag der sofortigen Erledigung übergeben werden, sonst ist er einzureichen an das Parteisekretariat, Breslau, Platzgrenzstraße 17.

Reichs-Arbeiter-Sport-Tage / 2.-6. Juni

Gewerkschaftsbewegung.

Der Betriebsunfall.

Die Entschädigung eines in einem unfallversicherungs-pflichtigen Betriebe erlittenen Körper- oder Sachschadens hängt von dem Betriebunfall ab, der dem Begriff "Betriebsunfall" bezieht große Aufmerksamkeit. Die nachstehenden Ausführungen mögen zur Klärung dienen.

Der Begriff "Betriebsunfall" fordert ein plötzliches, d. h. ein in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum empfindliches Ereignis, auf welches der Körper Schaden erlitten hat. Die Verletzung des Körpers durch einen Unfall ist nur dann ein Betriebsunfall, wenn sie durch die Tätigkeit der Arbeiter im Betriebe herbeigeführt ist.

Der Körper Schaden hängt mit dem Unfall und dieser mit dem Betriebe in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Der Zusammenhang ist gegeben, wenn schließt, dass der Verletzte den Schaden nicht erlitten hätte, wenn er dem plötzlichen Ereignis nicht ausgesetzt gewesen wäre und ihn der Unfall nicht betroffen hätte, wenn er zur fraglichen Zeit nicht im Betriebe in Arbeit gewesen wäre.

Der ganze regelmäßige Aufenthalt an der Betriebsstätte ist unzulänglich. Auch der Gefahrenbereich dieser Stätte ist in den Schutz hinein bezogen. Gewisse Tätigkeiten — landwirtschaftliche (Verletzung von Hunger und Durst, Baden, Reinigung von Kleidern und dergleichen mehr) sind nicht verboten, wohl aber Lohnabzählungen, denn diese liegen ausschließlich im Betriebsinteresse. Wege von und zur Arbeitsstätte sind nur dann geschützt, wenn der Weg dem Zwecke des Betriebes dient. Bei den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern zählen die Wege vom Hofe zur Arbeit und zurück als zur Betriebsstätte gehörig. Unfälle bei häuslichen und anderen Diensten, zu denen Verletzte, die hauptsächlich bei verdienstlichen Tätigkeiten beschäftigt sind, vom Unternehmer oder seinen Beauftragten herangezogen werden, gelten als Betriebsunfälle und sind zu entschädigen.

Dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen steht keine Entschädigungsansprüche zu, wenn sie den Unfall durch eigenes Versehen herbeigeführt haben. Unfälle beim Handeln gegen Verbote, Verbotene Arbeit und verbotene Überforderung müssen im allgemeinen entschädigt werden. Spielen jugendlicher Arbeiter an Betriebsunternehmern können unter den Schutz der Unfallversicherung fallen. Hat der Verletzte sich den Unfall bei Ausübung eines Verbrechens oder eines verbotenen Handwerks zugezogen, so kann der Schadenersatz ganz oder teilweise überwiegen werden. Der Betriebsunfall gewährt Anspruch auf Ersatz des Schadens, der durch die Körperverletzung oder die Tötung entstanden ist.

Verbot eines Gewerkschaftsblattes im besetzten Gebiet

Der "Proletariat", das Verbandsblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, ist im besetzten Gebiet auf die Dauer von drei Monaten verboten worden. Ein Grund dafür wurde nicht angegeben. Es ist aber anzunehmen, daß die französische Militärregierung die Weisheit nicht ertragen kann und beim dieses Arbeiterblatt, wie so manches andere Propagandium, zu unterdrücken versucht.

Beendigung der Arbeitskämpfe in Schweden.

Die umfassenden Ausparierungen der Arbeiter in den führenden Industrien Schwedens, die mit Anfang Februar in Kraft traten und etwa 75 000 Arbeiter umfaßten, sind nunmehr mit Ausnahme der Ausparierung der Eisenarbeiter beendet und zwar mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter.

Die von den Unternehmern geforderten Lohnabzüge sind nicht nur abgewehrt, sondern für einige Arbeitergruppen, so z. B. die Arbeiter der Zelluloseindustrie, gelang es kleinere Lohnabzügen durchzusetzen. In den meisten Fällen wurde der Kampf auf der Grundlage des Status quo beendet. In seinen Betrachtungen über die künftigen Lohnkämpfe schreibt der Stockholmer "Socialdemokraten" u. a., daß niemals in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eine solche Niederlage des Unternehmertums zu verzeichnen gewesen sei als die letzte.

Der Kampf der Arbeiter der Eisenwerke hält noch in vollem Umfange an. Es ist nicht so sehr ein Lohnkampf als ein Kampf um die Aufrechterhaltung des Lebensstandes der Arbeiter. Die Eisenwerke der 49-Stundenwoche, den die Unternehmer durch Einführung einer Sonntagsruhe zu durchbrechen versuchen. Da aber die Gewerkschaften diesem Kampf jetzt ihre ganze Kraft zuwenden können und außerdem auf Grund der sehr viel besseren Konjunktur die Nachträge nach Eisenproduktion immer größer werden, läßt das Ergebnis des Kampfes, eine vollständige Niederlage der Unternehmer, auch in diesem Falle ist.

Das Baugewerbe Schlesiens vor dem Schlichtungsausschuß Breslau-Stadt.

In einer Lohnstreitigkeit des Zentralen Bauarbeiterverbandes, Zentralverbandes der Zimmerer, Centralverband der Bauarbeiterverband und des Zentralverbandes der Maurermeister und Helfer gegen den Provinzialbauarbeiterverband für das Baugewerbe und Arbeitsgemeinschaft industrieller Bauunternehmungen vor dem Schlichtungsausschuß Breslau-Stadt wurde durch Schlichtungsbeschlüsse, daß auf die unverändert gebliebenen Aprillöhne im Monat Mai ein Zuschlag von zwanzig Prozent zu zahlen ist.

Wohnverhandlungen im Holzgewerbe geendet.

Eine Forderung der Holzarbeiter, den Spitzenlohn um 20% zu erhöhen, hat mit dem Verbands für die Schlesiens Holzindustrie in Hirschberg zu Verhandlungen geführt. Die Arbeitgeber haben 40% Erhöhung angeboten. Dies Angebot ist im Hinblick auf die starke Lesierung von Seiten der Arbeitgeber abgelehnt worden. Die Arbeitgeber haben die Erhöhung abgelehnt, daß sie die 40% zur Auszahlung bringen werden. Die Verhandlungen sind als gescheitert betrachtet worden und haben die Parteien zur Austragung des Streites dem Schlichtungsausschuß Breslau angetreten.

Aus Schlesien.

"Es geschehen noch Wunder".

In dem unter obiger Überschrift am 6. März erschienenen Brief erhalten wir noch folgende Mitteilung:

Der letzte Postboten brachte in Woborn der 1. März gegen Goldbach zurück, wobei er, dem Postboten für seinen noch wieder übertragenen Brief, — ebenfalls auf höhere Anraten —, der Forderung des Nachbarn schloß, daß er trotz seines Vergehens im Amt die das Vertrauen der Leute bezeugende Briefe erhalten sollte. Die Briefe sind nun schon teilweise in den Händen der Postboten, aber nur in den Händen, die mit ihm zusammenarbeiteten. Die Briefe sind nun schon teilweise in den Händen der Postboten, aber nur in den Händen, die mit ihm zusammenarbeiteten.

Woborn wurde das Vertrauen zum Postboten nicht in einer plötzlichen Entscheidung des Nachbarn, sondern in der Erkenntnis, daß der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war, der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war.

Woborn wurde das Vertrauen zum Postboten nicht in einer plötzlichen Entscheidung des Nachbarn, sondern in der Erkenntnis, daß der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war, der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war.

Woborn wurde das Vertrauen zum Postboten nicht in einer plötzlichen Entscheidung des Nachbarn, sondern in der Erkenntnis, daß der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war, der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war.

Woborn wurde das Vertrauen zum Postboten nicht in einer plötzlichen Entscheidung des Nachbarn, sondern in der Erkenntnis, daß der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war, der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war.

Woborn wurde das Vertrauen zum Postboten nicht in einer plötzlichen Entscheidung des Nachbarn, sondern in der Erkenntnis, daß der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war, der Briefbote ein Arbeiter unter der Forderung des Nachbarn war.

Aleine Breslauer Nachrichten.

Vorauszahlung an die Einkommensteuer zum 15. Mai.

Am 15. Mai 1922 ist eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer 1922. Sie beträgt ein Viertel der für das Jahr 1922 im Steuerbescheid festgesetzten Steuer. Seitdem hat sich das Einkommen der Steuerpflichtigen außerordentlich erhöht. Aus diesen Fall ist im Gesetz eine Erhöhung der Vorauszahlungen durch die Einkommensteuer vorgesehen. Die Einkommen sind ausgerechnet von dieser Erhöhung der Einkommen zu machen, wenn die Einkommen der Einkommensteuer in einem außerordentlichen Einkommen der Einkommensteuer durch die Einkommensteuer wird in der Regel nur dann abgezogen werden, wenn als Vorauszahlung ein Viertel der Steuer festgesetzt wird, die sich nach der Einkommensteuer für 1922 ergibt. Den Steuerpflichtigen wird empfohlen, wenn sie nicht einen besonderen Bescheid erhalten, am 15. Mai ein Viertel des Betrages zu entrichten, der auf das in ihrer Steuererklärung für 1922 angegebene oder auf das geschätzte Einkommen des Jahres 1922 nach dem mit der Einkommensteuer übereinstimmenden Tarif entfällt. Steuerpflichtige, deren Einkommen im Jahre 1922 übermäßig dem Steuerbetrag von Einkommen unterlegen hat, brauchen ihre Vorauszahlungen nicht zu erhöhen.

Ein Zwanzigmarkstück 140 000 Mark.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt zum 14. d. Mts. ab bis auf weiteres zum Preise von 140 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, von 70 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden ent-

sprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichs- und Provinzialnoten durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum Markwert. Beträge des Nennwertes.

Der Stipendienfonds der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule

hat durch Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, eine namhafte Stärkung seiner Mittel erhalten. Halpaus, Buchbinder, Buchbinder, Holz- und Tischlermeister, hat durch Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, eine namhafte Stärkung seiner Mittel erhalten. Halpaus, Buchbinder, Buchbinder, Holz- und Tischlermeister, hat durch Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, eine namhafte Stärkung seiner Mittel erhalten.

Eine Veräußerung des Wasserwerks findet Mitte Juni statt. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.

Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.

Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.

Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.

Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.

Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.

Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.

Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.

Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert. Das Wasserwerk wird für den Preis von 100 000 Mark an den Herrn Generalkonsul J. Halpaus, Ehrenbürger der Universität Breslau, veräußert.



LUX SEIFENFLOCKEN

sind für Kopfwäsungen unvergleichlich, sie machen das Haar weich und schön wie Seide.

Sunlicht Gesellschaft A. G. Mannheim-Rheinau